

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr. TOP:	445 23
	Verhandlung	Drucksache: GZ:	

Sitzungstermin:	19.10.2016
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	BM Dr. Schairer
Berichterstattung:	der Vorsitzende, EBM Föll, Frau Koller (AföO)
Protokollführung:	Herr Häbe fr
Betreff:	"Aktuelle Situation bei der Ausländerbehörde" - Antrag Nr. 164/2016 der FDP vom 02.06.2016

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 17.10.2016, öffentlich, Nr. 134

Ergebnis: Der beantragte Bericht soll zunächst dem Verwaltungsausschuss am 19.10.2016 und dann dem Sozial- und Gesundheitsausschuss am 21.11.2016 erstattet werden.

Der im Betreff genannte Antrag sowie der Antrag Nr. 315/2016 " Situation bei der Ausländerbehörde" der FDP-Gruppierung sowie der Freie Wähler-Gemeinderatsfraktion, der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS und Die STAdTISTEN vom 13.10.2016 sind dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die dem Protokoll angeheftete Tischvorlage des Amtes für öffentliche Ordnung zum Antrag Nr. 164/2016 liegt im Sitzungssaal aus. Ebenfalls ist dem Protokoll das Papier des Amtes für öffentliche Ordnung vom 08.09.2016 beigelegt.

Beide Anträge werden von BM Dr. Schairer aufgerufen. Der Bürgermeister erinnert an die Sitzung des Internationalen Ausschusses am 5. Oktober 2016. Dort sei bereits ein ausführlicher öffentlicher Bericht abgegeben worden. Zudem verweist er auf die gestrige Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (siehe Rubrik Vorgang). Bei der Ausländerbehörde seien bereits viele Maßnahmen ergriffen worden. Heute erfolge ein Zwischenbericht. Anfang Dezember könne die Asylabteilung neue Räume in der Jägerstraße beziehen. Damit befinde man sich

auch für diese Abteilung auf einem guten Weg.

Anschließend geht Frau Koller (AföO) im Sinne des Papiers ihres Amtes vom 08.09.2016 ausführlich auf die beiden Anträge ein.

Die Anträge werden anschließend durch StRin Yüksel (FDP) eingehend begründet. Ihres Erachtens lassen sich die Zustände bei der Ausländerbehörde nicht allein durch den Flüchtlingszustrom erklären. Sie möchte konkret darüber informiert werden, wie eine nachhaltige Situationsverbesserung erreicht werden kann. Die Zustände seien für die Mitarbeiterschaft und für die Einwohnerschaft nicht hinnehmbar.

Für den Bericht von Frau Koller bedanken sich StR Dr. Reiners (CDU), StRin Dr. Hackl (SPD), StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) und StRin von Stein (FW). Zudem bedanken StR Stopper (90/GRÜNE) und StR Rockenbauch bei der Mitarbeiterschaft, dass sie in schwieriger Situation weiter engagiert ihren Aufgaben nachkommt.

Im Namen seiner Fraktion ermuntert StR Dr. Reiners das Amt für öffentliche Ordnung, seine Abläufe weiter zu optimieren. Man habe natürlich Kenntnis von den bereits ergriffenen Maßnahmen und von dem Arbeitszuwachs durch die hohen Flüchtlingszahlen des letzten Jahres. Die Situationsbeschreibung von StRin Yüksel wertet er als etwas zu dramatisch.

Für StR Stopper ist die Situation bei der Ausländerbehörde für die Landeshauptstadt "kein Ruhmesblatt". Die hohe Fluktuation sowie der hohe Krankenstand stehen für ihn im Zusammenhang mit der schwierigen, anspruchsvollen und belastenden Arbeit bei dieser Behörde. Die Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion unterstütze die von der Verwaltung dargestellten Maßnahmen. Sofern seitens des Amtes Unterstützung benötigt werden sollte, bittet er, auf seine Fraktion zuzukommen.

Natürlich, so StRin Dr. Hackl, gebe es große Schwierigkeiten bei der Ausländerbehörde, aber seitens der Verwaltung werde bereits vieles getan, um die Verhältnisse zu verbessern.

Die Probleme bei der Ausländerbehörde sind für StR Rockenbauch struktureller Natur. Im Gegensatz zu dem zügigen Handeln beim Baurechtsamt leiste man sich die Zustände bei dieser Behörde schon seit Jahren. Noch höhere Krankheitszeiten gebe es bei den Bürgerbüros. Sofern für die Bürgerbüros heute kein Stellungsschaffungsantrag möglich sei, werde seine Fraktionsgemeinschaft einen solchen Antrag nachreichen. BM Dr. Schaier sowie der Gemeinderat müssten mit Nachdruck Antworten finden, um die Verhältnisse bei diesen stark frequentierten Stellen zu verbessern.

Die Anträge zeigen StRin von Stein, dass sich der Gemeinderat der Ausländerbehörde annehmen muss.

Laut StR Prof. Dr. Maier (AfD) ist keine kurzfristige Lösung denkbar. Im Internationalen Ausschuss habe BM Wölfle dargestellt, dass bei der Ausländerbehörde die Möglichkeiten für Zulagen bereits ausgeschöpft sind.

Herr Purz (GPR) teilt mit, die Situation bei der Ausländerbehörde sei tatsächlich dramatisch. Dem GPR sei berichtet worden, dass vor Jahren mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes und anderer gesetzlicher Regelungen die erforderlichen Stellen nicht in dem Umfang geschaffen worden seien, um den gesetzlichen Pflichtaufgaben nachkommen zu können. Dadurch hätten sich über Jahre die Probleme immer weiter verschärft. Im Zusammenhang mit der Gewährung von Zulagen erklärt er, neben der Ausländerbehörde gebe es noch andere Verwaltungsbereiche mit Fachkräftemangel. Seit langem fordere der GPR Lösungen nicht nur für die Personalgewinnung, sondern auch für die Personalerhaltung. Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in der Landeshauptstadt sei daraus die Idee einer Stuttgart-Zulage entstanden. München habe eine entsprechende Zulage bereits eingeführt und im Bundesland Bayern gebe es zudem eine Bayern-Zulage.

Aus der Mitte des Ausschusses werden folgende Fragen/Themen angesprochen:

- Die in den Anträgen angesprochenen Defizite decken sich mit den Ergebnissen einer vor 13 Jahren beim Amt für öffentliche Ordnung durchgeführten Mitarbeiterbefragung. Nennenswerte Verbesserungen gegenüber den Zuständen von vor 13 Jahren gebe es nicht (StRin Yüksel).
- Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb seitens der Verwaltung der Einsatz von Aushilfen im Aufnahmebereich von Asylbewerbern abgelehnt wird. Die Stadt Ludwigsburg arbeite erfolgreich mit solchen Kräften (StRin Yüksel).
- Warum beteiligt sich die Ausländerbehörde nicht an Kampagnen/Fortbildungen z. B. der Bertelsmann-Stiftung, des BAMF oder des Sozial- und Integrationsministeriums (StRin Yüksel)?
- Wenn Flüchtlinge arbeiten dürfen, erteilt die Agentur für Arbeit eine Arbeitsbescheinigung und die Ausländerbehörde muss zustimmen. Wie schnell wird diese Zustimmung erteilt (StRin Yüksel)?
- Wie hoch ist die Anzahl der Krankheitstage in anderen Verwaltungsteilen im Vergleich zu den 25 Tagen bei der Ausländerbehörde (StR Dr. Reiners)?
- Zulagen (Ziffer 3 des Antrags Nr. 315/2016) werden seitens der CDU-Gemeinderatsfraktion, angesichts möglicher Auswirkungen auf die Gesamtverwaltung, kritisch gesehen (StR Dr. Reiners).
- Geprüft gehört, ob durch Zulagen gezielt Verbesserungen bei der Ausländerbehörde erreicht werden können (StR Stopper).
- Der Gemeinderat muss sich nicht nur bei der Ausländerbehörde, sondern auch bei anderen Verwaltungsstellen mit der räumlichen Situation befassen (StR Stopper, StR Rockenbauch, StRin von Stein).
- Zu hoffen ist, dass sich mit dem Bezug neuer Räume eine Situationsverbesserung ergibt. Darüber sollte zeitnah berichtet werden (StRin

Dr. Hackl).

- Trifft es zu, dass Flüchtlinge mit der ihnen vorliegenden Fiktionsbescheinigung keine Wohnungsberechtigungsscheine beantragen können, und dass der dafür erforderliche elektronische Aufenthaltstitel noch nicht verfügbar ist (StRin Dr Hackl)?
- Wie ist derzeit der Stellenschlüssel bei der Ausländerbehörde? / Die besonderen Belastungen bei manchen Verwaltungsteilen müssen sich im Stellenschlüssel niederschlagen (StR Rockenbauch).
- Mit Supervisionsangeboten sollte Erkrankungen vorgebeugt werden (StRin von Stein).
- Schon seit langem wird ein Dolmetscher-Stellenpool gefordert. Gibt es dafür Möglichkeiten (StR Rockenbauch).
- Gibt es Möglichkeiten, Mitarbeiter in die Ausländerbehörde zu versetzen (StR Prof. Dr. Maier)?

Zudem informiert StRin Yüksel, sie habe viele Mails und Briefe über die Erfahrungen von Bürgern mit der Ausländerbehörde erhalten. Viele Briefe stammten von ehrenamtlich Tätigen, aber auch von hauptamtlichen Kräften bei den freien Trägern, die im Bereich der Flüchtlingsunterbringung tätig seien. Folgende Beispiele werden von ihr angeführt:

- Ein Ehrenamtlicher berichte, eine Familie habe sich zur freiwilligen Ausreise bereiterklärt, aber die Ausreise habe nicht erfolgen können, da der Ausweis bei der Ausländerbehörde verschwunden war. Diese Familie sei morgens um 2:00 Uhr abgeholt und abgeschoben worden. Auch andere freie Träger hätten die Erfahrung gemacht, dass bei der Ausländerbehörde Ausweispapiere verloren gingen.
- Vor Kurzem habe derselbe Ehrenamtliche einen Ausländer, der eine Ausbildung begonnen habe, zur Ausländerbehörde begleitet. Dieser habe eine Duldung von einem Monat erhalten, obwohl nach dem neuen Integrationsgesetz über die gesamte Ausbildungsdauer eine Erlaubnis hätte ausgestellt werden müssen. Darauf angesprochen sei seitens des Behördenmitarbeiters erklärt worden, man habe diesbezüglich keine Anweisung erhalten und er solle in einem Monat nochmals erscheinen.

Nachdem auch Herr Purz die Situation in den Bürgerbüros anspricht und die Überlegungen für Lösungen nachfragt, kündigt BM Dr. Schaier zu den Bürgerbüros einen abgestimmten separaten Verwaltungsbericht an. Die schwierige Situation in den Bürgerbüros sei der Verwaltung bekannt und daran werde bereits gearbeitet.

Zum Thema der Zulagen trägt EBM Föll vor, eine Stuttgart-Zulage sei kein Instrument gegen den Fachkräftemangel, da eine solche Zulage die gesamte städtische Mitarbeiterschaft erhalten würde. Die derzeit im Bereich der Ausländerbehörde gewährten Zulagen würden bei der Einführung einer

Stuttgart-Zulage eingestellt. Wie schon in der Vergangenheit erläutert müssten bei Zulagen und Höhergruppierungen zwingend rechtliche Rahmenbedingungen eingehalten werden. Hier sei die Verwaltung bei der Ausländerbehörde bereits an die zulässigen Grenzen gegangen. Der Bericht von Frau Koller zeige, dass die diesbezüglich getroffenen Maßnahmen wirkten. Er sieht es als entscheidenden Schritt an, dass mittlerweile die entsprechenden Karriere-/Beförderungsmöglichkeiten innerhalb der Ausländerbehörde sichergestellt sind.

Ebenfalls sei entscheidend, in der Ausländerbehörde gutes Personal zu halten und die Fluktuation mittel- und langfristig zu reduzieren. Die 9,25 Stellen, die sich aus der Organisationsuntersuchung ergeben hätten, seien vollständig umgesetzt. Darüber hinaus gebe es Ermächtigungen im Flüchtlingsbereich. Da die hohen Flüchtlingszahlen des vergangenen Jahres erst nach der Organisationsuntersuchung aufgetreten seien, werde nun im Flüchtlingsbereich der Stellenbedarf / der Stellenschlüssel erneut überprüft. Bereits angekündigt worden sei, dass in puncto Stellenschaffungen eine Vorlage vorgelegt werde. Diese werde auch die Themen der Ausländerbehörde abdecken.

Zur räumlichen Situation fährt er fort, bevor hierzu eine Bewertung erfolge, sollten die neuen Räume in der Jägerstraße angeschaut werden. Dabei könne festgestellt werden, dass es sich um sehr gute Räume handle. Diese seien nach den Wünschen des Amtes für öffentliche Ordnung umgebaut worden und die Raumstruktur sei so gestaltet worden, dass sich diese positiv auf die Mitarbeiterzufriedenheit auswirken werde. Die Verwaltung habe sehr zügig die Initiative ergriffen, um Räumlichkeiten zu finden, die für den Flüchtlingsbereich des Amtes für öffentliche Ordnung und des Sozialamtes geeignet seien. Das Gebäude in der Jägerstraße biete noch gewisse Raumreserven.

Die in der Eberhardstraße frei werdenden Räume würden natürlich nachgenutzt. Darüber befänden sich die beteiligten Ämter in einer abschließenden Diskussion. Angesichts der Gebäudestruktur, und darauf habe er bereits in der Vergangenheit hingewiesen, werde sich zwar eine Situationsverbesserung ergeben, aber eine ideale Situation lasse sich dort nicht herstellen. Aus heutiger Sicht sei das Gebäude in der Eberhardstraße kein ideal gestaltetes Büro-/Verwaltungsgebäude für hohen Publikumsverkehr. Es gebe jedoch keine andere Möglichkeit, als sich mit den Rahmenbedingungen zu arrangieren. Mittelfristig erfordere die Gebäudetechnik, das Gebäude Eberhardstraße 39 zu sanieren. In diesem Zusammenhang gebe es einen Planungsauftrag, der nicht nur die Sanierungsmaßnahmen, sondern auch eine sinnvollere Raumstruktur beinhalte. Hierzu gebe es zwischen dem Amt für Liegenschaften und Wohnen, dem Hochbauamt und dem Amt für öffentliche Ordnung entsprechende Kontakte.

Die Sanierung eines solch großen Gebäudes für ein solch großes Amt wie das Amt für öffentliche Ordnung sei nicht einfach. Im Zweifel könne die Sanierung nicht unter Betrieb erfolgen. Dies sei zwar noch nicht abschließend geklärt, aber damit müsse gerechnet werden. Dies würde bedeuten, dass ein Ersatzgebäude benötigt wird. Dies sei nicht ohne Weiteres möglich, aber glücklicherweise könnte sich eine Situation ergeben, die diese Option beinhalte. Mit der Fertigstellung der Neubebauung des Rathausgaragen-Areals und dem Einzug der Stadtkämmerei in die dortigen Räume im zweiten Halbjahr 2018 könnte das komplette Amt für

öffentliche Ordnung bzw. große Teile dieses Amtes das freiwerdende Gebäude in der Schmale Straße als Interim belegen. Da darüber hinaus in einem Nachbargebäude Anfang/Mitte 2018 das Nachlassgericht ausziehe, würde sich in der Schmale Straße ein zumutbares Interim für das Amt für öffentliche Ordnung ergeben. Daran werde, unter Berücksichtigung der Zeitfenster, gearbeitet. Also um die räumliche Situation des Amtes für öffentliche Ordnung kümmere sich die Verwaltung außerordentlich intensiv.

Anschließend bestätigt der Erste Bürgermeister gegenüber StRin Dr. Hackl, Flüchtlinge benötigten einen Aufenthaltstitel, um einen Wohnberechtigungsschein beantragen zu können. Daran müsse sich die Stadtverwaltung auch halten, da der Gesetzgeber kontrolliere, ob hier gesetzeskonform gehandelt werde. Betroffen seien davon derzeit rund 1.000 Altfälle. Bei diesen Altfällen gebe es einen entsprechenden Vollzug. Die Fiktion könne nicht als Grundlage akzeptiert werden, da dies nach dem Wohnungsbindungsgesetz nicht gesetzeskonform wäre. Die Verzögerung bei der Ausstellung des elektronischen Aufenthaltstitels beziffert Frau Koller auf sechs Monate.

Das Versetzen von Mitarbeitern, und damit wendet sich EBM Föll an StR Prof. Dr. Maier, habe sich in der Praxis als letztlich nicht wirklich umsetzbar erwiesen. Zwar würde die Verwaltung solche Versetzungen nur dann vornehmen, wenn sich Personen dazu bereiterklärten, aber mit dem GPR habe man dennoch dazu keine Regelung treffen können; der Personalrat des abgebenden Amtes müsste einer Versetzung zustimmen. In der Realität sei dieses Instrument somit faktisch nicht umsetzbar. Dazu ergänzt Frau Koller, zwar sei das Thema Umsetzungen aus anderen Ämtern ein schwieriges Thema, allerdings sei es immerhin gelungen, vier Mitarbeiter aus anderen Ämtern zu gewinnen.

Dass sich in den letzten 13 Jahren beim Amt für öffentliche Ordnung keine Veränderungen ergeben haben, weist BM Dr. Schairer mit Nachdruck von sich. So habe im Jahr 2008 eine Umfrage eine hohe Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit ergeben. Auch Frau Koller betont, es treffe nicht zu, dass es seit 13 Jahren unentwegt dieselben Probleme gebe. Für die nach 2008 stattgefundenen Verschlechterung gebe es verschiedene Ursachen. Wert legt StRin Yüksel darauf, dass sie aus dem Bericht von vor 13 Jahren zitiert hat. In Abrede habe sie dabei nicht gestellt, dass es zwischenzeitlich eine Phase gegeben habe, in der sich die Zustände gebessert hätten. Sie fährt fort, beruflich habe sie mit den von ihr geschilderten Fällen nichts zu tun.

Zudem führt der Vorsitzende an StRin Yüksel gewandt an, der Öffentlichkeit Einzelfälle aufzuzählen, sei nicht weiterführend. Um die Probleme zu lösen, müsse nach vorne geschaut werden. Seiner Einschätzung nach wäre es ein großes Missverständnis, aufgrund der aktuell zurückgehenden Flüchtlingszahlen davon auszugehen, dass sich die Situation bei der Ausländerbehörde und bei den Bürgerbüros von alleine beruhigt. Davon gehe die Verwaltung nicht aus. Von Frau Koller wird in diesem Zusammenhang StRin Yüksel angeboten, sofern es Fragen zu Einzelfällen gibt, sich direkt an sie zu wenden. Es mache wenig Sinn, Einzelfälle im Verwaltungsausschuss zu besprechen. Häufig gehe es um komplizierte Details. So sei die Ausländerbehörde bei Duldungen abhängig von Entscheidungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe.

Nicht stehen lässt Frau Koller, dass bei der Ausländerbehörde Pässe verschwinden. Üblicherweise liege die Ursache von verschwundenen Dokumenten beim BAMF oder bei diversen Außenstellen.

Zudem unterstreicht sie, der Rückgang des Flüchtlingszustroms werde die Ausländerbehörde auch auf längere Sicht nicht entlasten. Laut Auskunft des Sozialamtes hätten Stand Sommer immer noch 2.000 Flüchtlinge keinen Asylantrag gestellt. Die Ausländerbehörde sehe sich immer noch mit einem sehr hohen Arbeitsanfall konfrontiert. Während in der Vergangenheit Flüchtlinge nach deren Anerkennung relativ schnell eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten hätten, änderten sich nun laufend die Anforderungen. Aktuell müssten für die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis umfangreiche Voraussetzungen geprüft werden.

Hinsichtlich eines Dolmetscher-Pools wolle man sich nach der Unterbringung in der Jägerstraße auf niedrighschwelliger Basis überlegen, inwieweit Flüchtlinge eingesetzt werden könnten.

Zu dem von StRin von Stein nachgefragten Thema, was für die Mitarbeiterschaft der Ausländerbehörde getan werden kann, verweist Frau Koller auf vielfältige Seminarangebote des Haupt- und Personalamtes zu Themen wie Deeskalation, interkulturelle Fortbildung und Stressbewältigung. Diese Angebote würden die Mitarbeiter/-innen gerne annehmen. Interessierten Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen würden keine Steine in den Weg gelegt, Fortbildungen wahrzunehmen.

Auf StRin Yüksel eingehend informiert Herr Ulshöfer (AföO), Flüchtlinge, die noch keinen Aufenthaltstitel hätten, könnten mittlerweile nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen. In der Regel sei für eine Beschäftigung die Zustimmung der Arbeitsagentur erforderlich. Die Arbeitsagentur habe zwei Wochen Zeit, sich zu äußern. Von dort könne aber die Frist unterbrochen werden, und dies geschehe regelmäßig. Somit dauere es häufig vier Wochen, bis der Ausländerbehörde eine Antwort der Arbeitsagentur vorliege. Bei einer Zustimmung der Agentur könne die Beschäftigung erlaubt werden. Da nach den neuen rechtlichen Bestimmungen im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart nun keine Vorrangprüfungen mehr stattfänden, ändere sich vielleicht an dieser Praxis etwas. Hier sei die Ausländerbehörde aber von der Agentur abhängig. Die Regelung, dass die Flüchtlinge arbeiten könnten, habe natürlich zu einer Vielzahl von Anträgen geführt.

Zu der Ziffer 5 des Antrages Nr. 315/2016, der Prüfung einer einheitlichen Anlaufstelle, teilt Herr Ulshöfer StRin Yüksel mit, ein einheitlicher Zugang sei nicht möglich, da die Bereiche Allgemeines Aufenthaltsrecht und Asylrecht sehr viele Besonderheiten aufwiesen.

Im Verlauf der Aussprache fordert StRin Yüksel zu prüfen, ob Hinweiszettel in Arabisch übersetzt werden können.

Zu der Prüfung des Einsatzes von Aushilfen, Ziffer 2 des Antrages Nr. 315/2016, erinnert BM Dr. Schairer diese Stadträtin an die Andeutung von Frau Koller, dass zusammen mit BM Wölfle ein Modell gefahren werden soll, das darauf abzielt,

Flüchtlinge , die über entsprechende Deutschkenntnisse verfügen, als Aushilfen einzusetzen. Dieser Ansatz werde weiterverfolgt.

Abschließend bedankt sich BM Dr. Schaier bei StRin Yüksel für deren Anregungen. Das heute Angesprochene sei aufgenommen worden und alles, auch die Ziffer 5 des Antrages Nr. 315/2016, werde geprüft. Nach den Prüfungen werde erneut berichtet. Zugesagt wird von ihm, dass die Mitarbeiterschaft der Ausländerbehörde über das starke Engagement des Rates informiert wird.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, schließt BM Dr. Schaier diesen Tagesordnungspunkt ab.